Vier mögliche Szenarien für 'Europa im Jahr 2040'

(inspiriert von den Ergebnissen einer Workshopreihe der Friedensorganisation 'PAX Niederlande')

Europa „Paranoid“

Das „Friedensprojekt“ EU wurde umdefiniert und ist jetzt auf die Sicherheit und Stabilität für die Bürgerinnen und Bürger fokussiert.
Sicherheit geht vor Bürgerrechten, immer wenn dies als nötig erachtet wird. Die EU ähnelt einem Superstaat und hat die technischen Mittel, um durch interne Überwachung und harte Kontrollen sich nach Außen abzuschotten.
Die Union schaut nach innen und fürchtet die Gefahren der restlichen Welt. Um die Grenzen zu sichern unterstützt die EU illiberale und autoritäre Regime in den angrenzenden Regionen.
Der Dauerkonflikt mit Russland bindet enorme Mittel für die Rüstung. Atomare Mittelstreckenraketen stehen seit 2027 in Deutschland und Polen. Die Menschen haben Angst.

Die Vereinigten Staaten von Europa

Die EU floriert als „Friedensprojekt“. Sie ist zu einer Föderation europäischer Staaten geworden. Die Kooperation wurde deutlich intensiviert. Es gibt eine EU-Regierung und EU-weite Steuern. Durch den Beitritt der Staaten des westlichen Balkans und der Ukraine sowie der Rückkehr Großbritanniens ist die Zusammenarbeit breiter gefächert. Nach innen hat die EU seinen Mitgliedsstaaten Wohlstand, Sicherheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beschert.
Nach außen präferiert die EU einen „Soft Power“-Ansatz und zieht Gespräche und Dialogangebote dem Einsatz von Gewalt vor. Die EU hat mit Russland einen Interessensausgleich erreicht. Die Anerkennung der Rebublik Krim als Teil der russischen Föderation nach langen Verhandlungen im Jahr 2023 führte im Gegenzug zur Befriedung verschiedenster Konfliktzonen von der Ukraine bis in den nahen Osten. Gemeinsame EU-Streitkräfte werden im Rahmen von UN-Einsätzen eingesetzt, durch Kooperation der EU-Staaten wurden die Kosten für die Streitkräfte insgesamt deutlich reduziert.
Es gibt weiter illiberale bzw. autoritäre Regime im Mittleren Osten und in Afrika mit Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung von Minderheiten – kein EU-Staat unterstützt diese jedoch mehr durch Waffenlieferungen. Mit dieser Sichtweise konnte die EU auch Russland, China und die USA überzeugen, sodass diese im Jahr 2040 gerade dabei sind Waffenlieferungen auf internationaler Ebene generell zu begrenzen und zu sanktionieren.
Die EU wird von manchen Bürgerinnen und Bürgern weiterhin als Elitenprojekt wahrgenommen – für den Ausgleich der verschiedenen Lebensverhältnisse wird intern weiter geworben.

EU-Rest: regionale Netzwerke 'Ost', 'West' und 'Nord', der Norden ist am besten

Die EU wurde durch regionale Netzwerke ersetzt, von denen die Nordeuropäische Union, die NEU, die wohlhabendste und bedeutendste ist. Auch wenn es die EU als integriertes „Friedensprojekt“ nicht mehr gibt, sind die europäischen Werte wie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit nicht verschwunden. Die europäischen Regierungen haben die Demokratie durch den Einsatz moderner Technologien verstärkt und Entscheidungsfindungsprozesse greifbarer für die Bevölkerung gemacht.
Es gibt keine strukturelle EU-Kooperation in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik mehr, auch nicht im Bereich Justiz und Inneres. Jedes Land sucht flexible Lösungen für aufkommende Herausforderungen. Die Netzwerke – auch die NEU – haben Macht und Einfluss an China und Russland verloren. Die Länder sind anfällig für innere sozialen Unruhen und Manipulationen sowie Angriffe von außen geworden, was sich negativ auf das Lebensgefühl aller auswirkt.

Alle gegen alle

EU und die NATO sind auseinandergebrochen. Die Staaten verfolgen kurzfristige Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen und arbeiten nur noch ad hoc und auf der Basis von Opportunismus zusammen. Die Sicherheit des Staates und der gesellschaftlichen Mehrheitsgruppen leiten die Regierungen, während die Unterdrückung von Minderheiten und Opposition wesentliche Regierungsinstrumente sind.
Innerstaatliche soziale Unruhen, Dschihadismus und Separatismus treten häufig auf, aber auch internationale Spannungen und Konflikte gehören zur Tagesordnung. Deswegen investieren die Staaten hohe Summen in Verteidigung und Sicherheit. Seit über 25 Jahren wird nun in der Ukraine gekämpft. Waren es 2019 noch 10.000 Tote die in diesem Krieg umkamen, so sind bis 2040 65.000 Tote zu beklagen. In den Ländern des westlichen Balkans sind vor Jahren erneut gewalttätige Konflikte ausgebrochen und es drohen Genozide. Jeder fühlt sich bedroht.